

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - HAUSHALTSBERATUNGEN AM 19.01.2026

Sitzungsdatum:	Montag, den 19.01.2026
Beginn:	17:45 Uhr
Ende	21:00 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nina Grötsch

ohne Abstimmung bei Ziffer 4.4ö

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Sabrina Stemplowski

Stadträtin Hiltrud Stocker

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Tobias Volk

anwesend bis 20:15 Uhr

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-Grünwald

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

Stadträtin Andrea Schmidt

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadtrat Klaus Heisel

Stadtrat Manfred Paul

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

Stadtrat Dirk Wittmann

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May

Stadtrat Siegfried Müller

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof

anwesend bis 20:15 Uhr

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Bianca Tröge

anwesend ab 18.12 Uhr

Stadtrat Martin Günzel
fraktionslos
Bürgermeisterin Astrid Glos
Stadtrat Lars Goldbach
Stadtrat Uwe Hartmann
Ortssprecher
Dieter Pfrenzing
Schriftführerin
Bettina Lode
Berichterstatter
Kämmerer Dieter Brunner
Bauingenieur Oliver Graumann
Hauptamtsleiter Peter Grieb
Verwaltungsfachwirtin Franziska
Hager
Verwaltungsinspektor Stefan Münch
Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Timo Markert
Stadtrat Andreas Moser
KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Wolfgang Popp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Güntner umreißt anhand der öffentlichen Tagesordnung kurz den geplanten Ablauf der heutigen Sitzung.

Bezugnehmend auf den Antrag der Fraktion Bd. 90/Die Grünen zum Thema „Schiffsanlegestellen“ (siehe Ziffer 5.1, Sitzungsvorlage 2026/0109 schlägt er vor, den Antrag im Nachgang zu den Haushaltsberatungen im 1. Quartal 2026 zu behandeln. Hintergrund sei, dass für das Jahr 2026 schon Buchungen existierten und Verträge geschlossen seien. Eine eventuelle Änderung des Vorgehens, der Gebühren oder eine Stilllegung der Anlegestelle könnte frühestens zum Jahr 2027 geschehen. Die Touristinformation sei bereits dabei, die Daten und Informationen zusammenzutragen.

Stadtrat Sanzenbacher stimmt dem Vorgehen zu. Er verweist auf seine Intention, Wasser und Strom nicht unter den Einkaufspreisen zur Verfügung stellen zu wollen.

Stadträtin D. Endres-Paul bittet die Vertreter der Verwaltung, etwas lauter und deutlicher zu sprechen, da man manches kaum verstehe. Dem wolle man Folge leisten.

Auf Anfrage von Stadtrat Dr. Pfeiffle werde man, parallel zur Präsentation des Haushalts von Sachgebietsleitung Hager, die nach der Fraktionsvorsitzendenbesprechung überarbeitete Schuldenstandsliste an die Leinwand projizieren.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Vorinformation zum Haushaltsentwurf

Sachgebietsleitung Hager gibt anhand der Präsentation (siehe Anlage 1 zu dieser Ziffer der Niederschrift) einen kurzen Überblick über den Haushalt 2026.

Das Gesamtvolumen betrage 108 Mio. Euro. Sowohl die Ausgaben im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt stiegen stark an.

Der Einzelplan (Epl.) 4 zeige eine Verbesserung, da die Kommune aufgrund von Änderungen im BayKiBiG ab 2026 weniger Zuschüsse an Kinderbetreuungseinrichtungen zahlen müsse.

Auch im Epl. 9 wirkten sich die guten Gewerbesteuerereinnahmen aus der Vergangenheit noch positiv aus und es gebe heuer weniger Schlüsselzuweisungen.

Das Gesamtsteuervolumen falle insgesamt leicht ab, was aber durch die Höhe der Einkommenssteuereinnahmen weitestgehend aufgefangen werde.

Bei den Ausgaben habe man bei der Gruppierung (Gr.) 5 Konsolidierungen der Haushaltsstellen vorgenommen, was sich positiv auf die Höhe ausgewirkt habe. Da man mit einem Anstieg der Kreisumlage um 1 Punkt rechne, habe man die Ausgaben unter Gr. 8 entsprechend erhöht.

Bei den Budgets gebe es keine signifikanten Änderungen zu den Vorjahren.

Voraussetzung für die Genehmigung sei die Erreichung der Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt. 2026 betrage die Spanne zwischen tatsächlicher Zuführung und Untergrenze noch ca. 500.000 €.

2. Verwaltungshaushalt

Kämmerer Brunner nimmt Bezug auf den Verwaltungshaushalt. Nach aktuellen Planungen solle die Höhe der Kreditaufnahmen konstant bleiben. Aufgrund der gesunkenen Steuereinnahmen im Vorjahr sei im Jahr 2027 mit geringeren Schlüsselzuweisungen und einer sinkenden Kreisumlage zu rechnen. Dies wirke sich dann positiv auf den Vermögenshaushalt aus.

Stadtrat Dr. Pfeifle gehe davon aus, dass sich die wirtschaftliche Situation eher verschlechtere als verbessere. Auch die Maßnamekosten seien eher gestiegen als gesunken. Er gehe daher davon aus, dass die für 2029 prognostizierte Schuldenhöhe von 39 Mio. Euro nicht gehalten werden könne. Der Stadtrat habe Beschlüsse gefasst, die die Stadt nun teuer zu stehen kämen. Um dem Schuldenberg entgegenzuwirken schlägt er vor, die Schuldenhöhe auf 25 Mio. Euro zu deckeln.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die Diskussion hierüber in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 12.01.2026. In diesem Rahmen habe man dies bereits diskutiert. Im Jahr 2026 habe man aufgrund bereits vergebener Aufträge bei den nennenswerten Maßnahmen kaum mehr Stellschrauben, an denen man drehen könne. Für das Jahr 2027 könne man eventuell noch etwas ändern, allerdings müsste das Gremium dann entsprechende Beschlüsse fassen und die Verwaltung die Arbeit entsprechend anpassen.

Stadtrat Dr. Pfeifle bekräftigt den Wunsch nach einer Schuldenobergrenze von 25 Mio. Euro bis zum Jahr 2029.

Stadtrat Dr. Küntzer verstehe die Intention, allerdings würde eine solche Obergrenze dem Gremium die Hände binden und die Spontanität nehmen.

Alternativ regt er an, bei jeder größeren Maßnahme eine Übersicht beizufügen, in welcher Höhe durch diese die Schulden der Stadt steigen.

Auch Stadtrat Sanzenbacher lehnt eine Deckelung ab. Die Kostenentwicklung bei laufenden Maßnahmen seien nicht beeinflussbar. Er halte es für besser, die Maßnahme reduzierter umzusetzen oder auch ganz auf Projekte zu verzichten.

Stadtrat Paul stimme dafür, dass man sich auf die wichtigsten Maßnahmen beschränken solle. Daher solle man prüfen, welche Vorhaben nicht zwingend realisiert werden müssten bzw. verschoben werden könnten. Er wolle vermeiden, dem neuen Stadtratsgremium „ein Chaos zu hinterlassen“. Eine Obergrenze mache auch für ihn Sinn, allerdings seien 25 Mio. Euro zu niedrig angesetzt.

Sollte man feststellen, dass bei einer Großmaßnahme die Kosten signifikant ansteigen, so plädiert Stadtrat Müller dafür, sofort zu reagieren. Er wolle verhindern, dass durch die Entwicklung der Kaiserstraße und des Königsplatzes keine Kapazität für schulische Belange mehr vorhanden sei. Auch wolle er vorerst keine weiteren Immobilien mehr erwerben oder entwickeln (Beispiel: Schrannenstraße 57), sowie von der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts absehen.

Auf den Einwand von Stadtrat Dr. Pfeiffle, dass man zwar beschlossen habe aber die Dimension der finanziellen Auswirkungen nicht mehr bewusst gewesen sei, widerspricht Stadträtin Schmidt. Die Kämmerei habe seit Jahren stetig auf die Folgen der beschlossenen Großmaßnahmen hingewiesen. Die aktuelle Situation sei leider absehbar gewesen.

Oberbürgermeister Güntner merkt an, dass die Verwaltung im Vorfeld bereits den Verwaltungshaushalt um 5 Mio. Euro reduziert habe.

Stadtrat Sanzenbacher verweist auf das neue Haus für Jugend und Familie (HfJuF) hin. Dies sei für eine Stadt in der Größe Kitzingens überdimensioniert und zu teuer. Man habe die Folgekosten für eine solche Einrichtung nicht berücksichtigt.

Oberbürgermeister Güntner erwidert, dass Sachgebietsleiter Kulczynski von Anfang an klargemacht habe, dass für das HfJuF zusätzliches Personal benötigt werde.

Insgesamt solle man die Standards senken und entsprechend ausschreiben, so Stadtrat Paul. Auch er rate dazu, das Vorkaufsrecht bewusster zu nutzen, allerdings wolle er nicht ganz darauf verzichten, da sich das Gremium sonst selbst blockieren würde.

Oberbürgermeister Güntner und die Kämmerei weisen abschließend sowohl auf die Neustrukturierung des Stadtratsgremiums nach der Wahl im März 2026 als auch auf die mündliche Information des Landratsamtes hin, dass nach erster Einschätzung der Haushalt der Stadt Kitzingen in der vorliegenden Form höchstwahrscheinlich genehmigungsfähig sei. Auch von der Genehmigungsbehörde sei der Hinweis ergangen, den Stand der Schulden im Auge zu behalten.

2.1. Beratung des Verwaltungshaushaltes 2026 mit Finanzplanung 2025 – 2029

Oberbürgermeister Güntner beginnt nun, den Verwaltungshaushalt, unterteilt nach den Einzelplänen, aufzurufen. Die Fragen und Anträge der Fraktionen werden hierbei mitbehandelt.

2.1.1. Einzelplan 0

Fraktionsvorsitzender Paul betrachtet die Fragen der SPD durch die Antworten der

Verwaltung als ausreichend beantwortet.

Es gibt zum Einzelplan 0 keine weiteren Rückfragen oder Anmerkungen der Fraktionen.

2.1.2. Einzelplan 1

Es gibt zum Einzelplan 1 keine Rückfragen oder Anmerkungen der Fraktionen.

2.1.3. Einzelplan 2

Auf die Ziffern 2.1.3.1. – 2.1.3.3 dieser Niederschrift wird verwiesen.

Es gibt keine weiteren Fragen oder Einwände zum Einzelplan 2.

2.1.3.1. Unterabschnitt 2111, Grundschule St. Hedwig - Wortmeldung Stadträtin Schwab

Sachgebietsleitung Hager erwidert die Frage von Stadträtin Schwab hinsichtlich der gesunkenen Ausgaben von St. Hedwig mit dem Hinweis auf die während der Pandemie beschafften Lüftungsgeräte und Investitionen aufgrund des Digitalpaktes.

2.1.3.2. Unterabschnitt 2112, Grundschule Siedlung

Fraktionsvorsitzender Sanzenbacher betrachtet die Frage zur Schülerbeförderung durch die Stellungnahme der Verwaltung als ausreichend beantwortet.

2.1.3.3. Strom- und Heizkosten für die Schulen - Wortmeldung Stadträtin Büttner

Stadträtin Büttner könne sich nicht erklären, warum die Strombezugskosten der Schulen höher liegen als die Heizkosten. Ihres Erachtens verhalte es sich in der Regel umgekehrt.

Kämmerer Brunner verweist auf die im Vorfeld zur Sitzung durch die Verwaltung beantwortete Frage. Unter anderem sei ein Grund für niedrigere Strombezugskosten die Anbindung an das Deusterblockheizkraftwerk. Außerdem würde die große Anzahl an technischen Geräten eine hohe Menge an Strom verbrauchen.

Stadträtin Büttner bittet um eine genauere Aufschlüsselung der Zahlen.

Sachgebietsleitung Hager ergänzt, dass man das Vorgehen bei der Stromabrechnung geändert habe: anstatt im Voraus Abschlagszahlungen zu leisten, werde nun am Ende der Periode der tatsächliche Verbrauch bezahlt.

2.1.4. Einzelplan 3

Fraktionsvorsitzender Sanzenbacher betrachtet die Frage hinsichtlich des Archivgutes durch die Stellungnahme der Verwaltung als ausreichend beantwortet.

Es gibt keine weiteren Fragen oder Einwände zum Einzelplan 3.

2.1.5. Einzelplan 4

Fraktionsvorsitzender Sanzenbacher betrachtet die Fragen von Bd.90/Die Grünen durch die Antworten der Verwaltung als ausreichend beantwortet.

Es gibt keine weiteren Fragen oder Einwände zum Einzelplan 4.

2.1.6. Einzelplan 5

Es gibt keine Fragen oder Einwände zum Einzelplan 5.

2.1.7. Einzelplan 6

Fraktionsvorsitzender Sanzenbacher betrachtet die Fragen seiner Fraktion durch die Antworten der Verwaltung als ausreichend beantwortet.

Es gibt keine weiteren Fragen oder Einwände zum Einzelplan 6.

2.1.8. Einzelplan 7

Auf die Diskussion hinsichtlich des Antrags Bd. 90/Die Grünen auf Stilllegung der städtischen Schiffsanlegestelle vor Eintritt in die öffentliche Sitzung wird verwiesen.

Fraktionsvorsitzender Sanzenbacher betrachtet die Frage zu den Verwaltungskosten im Sachgebiet 64 durch die Antwort der Verwaltung als erledigt.

Auf die Ziffern 2.1.8.1 und 2.1.8.2 dieser Niederschrift wird verwiesen.

2.1.8.1. Unterabschnitt 7900, E-Carsharing

Stadtrat Sanzenbacher nimmt Bezug auf seine im Vorfeld übermittelte Frage hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben beim E-Carsharing.

Es wird erläutert, dass die LKW einen auf mehrere Jahre zu splittenden Betrag bereits in Gänze überwiesen hätte. Außerdem solle die Zukunft des E-Carsharing in Kitzingen in einer der kommenden Stadtratssitzungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

2.1.8.2. Unterabschnitt 7920, Anrufsammeltaxi

Stadtrat Müller spricht sich aufgrund der gestiegenen Kosten dafür aus, das Anrufsammeltaxi abzuschaffen.

Oberbürgermeister Güntner stimmt ihm hinsichtlich der Ausgaben zu. Allerdings müsse man diesen Schritt gründlich durchdenken, da dieses Angebot für einige Personengruppen (z.Bsp. ältere Menschen) sehr wichtig geworden sei. Aktuell sei man noch vertraglich gebunden.

Ein Vorteil beim Anrufsammeltaxi (AST) sei die Transparenz – es sei gut zu ermitteln, wie stark das AST frequentiert werde.

Stadträtin Schwab erinnert an den Vortrag von Hr. Köhl (LRA) im Senioren- und Behindertenbeirat darüber, wie gut solche Angebote im ganzen Landkreis angenommen würden.

Stadtrat Paul wolle die Auswirkungen des gestiegenen Komfortzuschlags auf die Einnahmen abwarten.

2.1.9. Einzelplan 8

Die Fraktionsvorsitzenden Paul und Sanzenbacher betrachten Ihre Fragen durch die Stellungnahmen der Verwaltung als erledigt.

Auf die Ziffern 2.1.9.1 und 2.1.9.2 dieser Niederschrift wird verwiesen.

Es gibt zum Einzelplan 8 keine weiteren Fragen aus dem Gremium.

2.1.9.1. Haushaltsstelle 8551.6450 - Wortmeldung Stadträtin Schwab

Sachgebietsleitung Hager erwidert Stadträtin Schwab, dass der Versicherungsbetrag, der 2025 etwas gesunken sei, nun wieder bei ca. 3.000 € liege. Die städtischen Forstmitarbeiter seien adäquat versichert.

2.1.10. Einzelplan 9

Auf Ziffer 2.1.10.1 dieser Niederschrift wird verwiesen.

Es gibt keine weiteren Fragen zum Einzelplan 9.

2.1.10.1. Aufschlüsselung der Gewerbesteuereinnahmen

Dem in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung geäußerten Wunsch folgend, umreißt Sachgebietsleiter Münch kurz die gewünschten Zahlen:

Einnahmen aus Spedition und Logistik

2023: ca. 780.000 €

2024: ca. 560.000 €

Im Voraus festgesetzte Vorauszahlungen für 2025 nach Gewerbegebieten

Am Dreistock: 2.500.000 €

conneKT: 1.100.000 €

Innopark: 560.000 €

Goldberg: 1.100.000 €

Schutzhafen: 822.000 €

Die restlichen Einnahmen kämen aus der Innenstadt und den Stadtteilen.

2.2. Budgetfestlegungen für das Haushaltsjahr 2026 Vorlage: 2025/001

Stadtrat Müller bedankt sich bei den Einrichtungen über die proaktiven Einsparungen.

Stadtrat May erkundigt sich nach der Sinnhaftigkeit der Budgets z.Bsp. bei den Sachgebieten 631 und 632.

Oberbürgermeister Güntner stimmt ihm zu. Man habe dies bereits intern angedacht. Die Budgets hätten sich teilweise überholt. Eine Reduzierung würde das Gesamthaushaltsvolumen senken. Gerne werde man dieser Anregung folgen und die Inneren Verrechnung nur auf das Notwendige reduzieren.

Sachgebietsleitung Hager pflichtet ihm bei. Diese Aufgabe habe man schon länger angehen wollen und nun, da die Stelle des Kämmerers nachbesetzt sei, wolle man dies zeitnah tun.

Oberbürgermeister Güntner wolle die Budgets nun en bloc beschließen. Dem wird zugestimmt.

beschlossen **dafür 28 dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag 2025/001 wird Kenntnis genommen.
2. Folgende Budgets werden getrennt beschlossen:
 - 2.1 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Grundschule St. Hedwig Sachaufwand – UA 2111** wie folgt festgelegt: 37.290 €
 - 2.2 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Grundschule Siedlung Sachaufwand – UA 2112** wie folgt festgelegt: 37.130 €
 - 2.3 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Mittelschule D.-Eber-Schule Sachaufwand – UA 2131** wie folgt festgelegt: 46.750 €
 - 2.4 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Mittelschule Siedlung Sachaufwand – UA 2132** wie folgt festgelegt: 26.750 €
 - 2.5 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Wirtschaftsschule Friedrich-Bernbeck-Schule Sachaufwand – UA 2431** wie folgt festgelegt: 21.110 €
 - 2.6 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Musikschule – UA 3331** wie folgt festgelegt:
Einnahmen 659.050 €
Ausgaben 1.284.580 €
Defizit: 625.530 €
 - 2.7 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Alten Synagoge – UA 3420** wie folgt festgelegt:
Einnahmen 72.600 €
Ausgaben 273.770 €
Defizit: 201.170 €
 - 2.8 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **VHS – UA 3501, 3550** wie folgt festgelegt:
Einnahmen 580.050 €
Ausgaben 837.000 €
Defizit: 256.950 €
 - 2.9 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Stadtbücherei – UA 3521** wie folgt festgelegt:
Einnahmen 27.050 €
Ausgaben 322.750 €
Defizit: 295.700 €
 - 2.10 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der Jugendarbeit **jungStil – UA 4605** wie folgt festgelegt:
Einnahmen 27.250 €
Ausgaben 499.970 €
Defizit: 472.720 €

- 2.11 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Stadtgärtnerei – UA 5821** wie folgt festgelegt:
 Einnahmen 1.820.300 €
 Ausgaben 1.618.930 €
 Überschuss: 201.370 €
- 2.12 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget des Bauhofs – UA 7711 wie folgt festgelegt:
 Einnahmen 3.122.810 €
 Ausgaben 2.985.540 €
 Überschuss: 137.270 €
- 2.13 Für das Haushaltsjahr 2026 wird das Budget der **Tourist-Information – UA 7901** wie folgt festgelegt:
 Einnahmen 87.990 €
 Ausgaben 415.690 €
 Defizit: 327.700 €

Auf die Ziffern 2.2.1 und 2.2.2 dieser Niederschrift wird verwiesen.

2.2.1. Budget Alte Synagoge, Einzelplan 3, Unterabschnitt 3420

Sachgebietsleitung Hager erwidert Stadtrat Paul hinsichtlich des gesunkenen Unterhalts, dass die steuerlichen Vorteile der Umwandlung der Akten Synagoge in einen Betrieb gewerblicher Art (BGA) möglicherweise das Ergebnis positiv beeinflusst hätten.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erkundigt sich nach den gesunkenen Einnahmen. Hier verweist Frau Hager zum einen auf eine durchgeführte Konsolidierung von Haushaltsstellen und zum anderen auf die Streichung einzelner Veranstaltungen. Dies führe zwar zu einer Senkung der Ausgaben habe aber natürlich auch Auswirkung auf die Einnahmen.

2.2.2. Budget Volkshochschule, Einzelplan 3, Unterabschnitt 3501

Hauptamtsleiter Grieb informiert, dass die gestiegenen Einnahmen aus den Vergütungen des BAMF resultieren.

3. Vermögenshaushalt

3.1. Beratung des Vermögenshaushaltes 2026 mit Finanzplanung 2025 – 2029

Oberbürgermeister Güntner erteilt Kämmerer Brunner das Wort.
 Der Vermögenshaushalt wird, wie zuvor der Verwaltungshaushalt der Reihe nach anhand der Einzelpläne behandelt.

3.1.1. Einzelplan 0

Die Fragen der Fraktionen wurden durch die Antworten der Verwaltung ausreichend beantwortet.

Es gibt zum Einzelplan 0 keine weiteren Rückfragen oder Anmerkungen der Fraktionen.

3.1.2. Einzelplan 1

Auf die 1. Änderungsliste zum Vermögenshaushalt (siehe Anlage 2 zu Ziffer 3.1 dieser Niederschrift) und die damit einhergehenden Verschiebungen wird verwiesen.

Die Frage der überfraktionellen Gruppierung ist somit beantwortet.

Es gibt keine weiteren Fragen des Gremiums.

3.1.3. Einzelplan 2

Die Fragen der Fraktionen wurden durch die Stellungnahmen der Verwaltung ausreichend beantwortet.

Auf die Ziffern 3.1.3.1 und 3.1.3.2 dieses Protokolls wird verwiesen.

Es gibt zum Einzelplan 2 keine weiteren Rückfragen aus dem Gremium.

3.1.3.1. Haushaltsstelle 2113.9490, Schulentwicklungsplanung

Auf die Fragen der überfraktionellen Gruppe und Bd. 90/Die Grünen wird erwidert, dass man zwar für 2025 einen Ansatz gebildet habe, aber aktuell weiter sinkende Geburtenzahlen zu verzeichnen seien. Daher sei nun davon auszugehen, dass der Bedarf wieder sinke. Um hier keinen Fehler zu machen, werde man nun die Planungen in externe Hände geben und hoffe, dass spätestens in einem Jahr das Ergebnis vorliege.

3.1.3.2. Unterabschnitt 2431, Friedrich-Bernbeck-Schule

Auf die Antwort hinsichtlich der Verlagerung der Schule und den Planungen des Landkreises wird verwiesen.

Stadtrat Paul vermisst Ansätze für Planung und Sanierung. Bauamtsleiter Graumann teilt mit, dass die Planungen fertiggestellt seien und man sich mit dem neuen Gremium dann Gedanken über die Zukunft des Gebäudes machen wolle.

3.1.4. Einzelplan 3

Die Fragen der Fraktionen sind durch die Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.

Es gibt keine weiteren Fragen zum Einzelplan 3 aus dem Gremium.

3.1.5. Einzelplan 4

Die Fragen der Fraktionen und Gruppen sind durch die Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.

Auf die Ziffer 3.1.5.1 dieses Protokolls wird verwiesen.

Es gibt keine weiteren Fragen zum Einzelplan 4 aus dem Gremium.

3.1.5.1. Unterabschnitt 4641, Stiftungskindergarten Schreibergasse

Oberbürgermeister Güntner informiert, dass das aktuelle Quartier in der Schreibergasse übergangsweise weitergenutzt werde. Daher seien Mittel für kleinere Notsicherungsmaßnahmen im Haushalt eingeplant. Für den Ersatzneubau rechne man mit Kosten von ca. 7 Millionen Euro, welche bereits eingeplant seien. Allerdings sei die Verwaltung gerade dabei, hausintern eine Alternative zu prüfen, welche für den Vermögenshaushalt neutral wäre.

Stadtrat Paul erkundigt sich nach der Möglichkeit, auf Basis einer Kindergartenleitplanung die Schulleitplanung zu erstellen.

Oberbürgermeister Güntner und Hauptamtsleiter Grieb berichten von den positiven Auswirkungen des digitalen Anmeldevorgangs bei den Kindergärten. Es sei davon auszugehen, dass die 100 Kinderbetreuungsplätze des Stiftungskindergartens benötigt werden.

Es wird zugesagt, der Sitzungsvorlage zum Grundsatzbeschluss für das weitere Vorgehen hinsichtlich des Stiftungskindergarten aussagekräftige Bedarfszahlen beizulegen.

3.1.6. Einzelplan 6

Stadtrat Paul betrachtet die Aussage der Verwaltung hinsichtlich Haushaltsstelle 1.6101.9590 und 1.6101.9591 als unzureichend. Er gehe davon aus, dass es noch weitere Möglichkeiten gebe, Kosten zu sparen.

Bauamtsleiter Graumann verneint. Die eingestellten Mittel würden unter anderem auch für die Ausarbeitung des B-Planes benötigt.

Die sonstigen Fragen der Fraktionen sind durch die Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.

Auf die weiteren Ziffern dieses Protokolls hinsichtlich der Anträge zum Einzelplan 6 des Vermögenshaushalts wird verwiesen.

4. Beratung des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes 2026 der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen mit Finanzplanung 2025 – 2029

Es gibt keine Fragen oder Einwände seitens des Gremiums.

4.1. Gemeinsame Fragen des Bündnis/90 Die Grünen zum Haushalt 2026 vom 11.01.2026 Vorlage: 2026/010

Die Fragen der Fraktion Bd. 90/Die Grünen sind hiermit beantwortet.

Hinsichtlich des Antrags zur Schiffsanlegestelle wird auf die Diskussion vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung verwiesen.

Ohne Abstimmung

4.2. Gemeinsame Fragen der Fraktionen zum Haushalt 2026 vom 09.01.2026 Vorlage: 2026/011

Die Fragen der überfraktionellen Gruppe sind hiermit beantwortet.

Die Anträge werden in einer der kommenden Stadtratssitzungen separat behandelt.

**4.3. Ohne Abstimmung
Anträge und Fragen der SPD zum Haushalt 2026
Vorlage: 2026/012**

Die Fragen der Fraktion der SPD sind durch die Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.

Die Anträge werden separat behandelt und beschlossen.

4.3.1. Haushaltsstelle 1.6303.9503 – 9505 Tiefbaumaßnahme 3. bis 5. BA zum Ausbau des Bahnhofsumfeldes

Stadtrat Paul erläutert die Hintergründe des Antrags (siehe Anlage 1.2 zur SiVo 2026/012) und die Bedeutung der zügigen, ansprechenden Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes und der Parkplätze.

Um dies zu ermöglichen, beantragt er, die Maßnahme Kaiserstraße / Königsplatz (siehe hierzu Ziffer 4.3.2 dieses Protokolls) in den Finanzplanungsrest zu verschieben. Generell halte er dieses Vorhaben für kontraproduktiv für den Einzelhandel in der Innenstadt. Dieser würde von einer sauberen Innenstadt, ausreichend Parkplätzen und einem Leerstandsmanagement weit mehr profitieren.

Stadtrat Müller stimmt zu, dass der Bahnhof so schnell wie möglich hergerichtet werden solle. Der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) könne deutlich günstiger aber trotzdem funktional entwickelt werden.

Oberbürgermeister Güntner erinnert, dass heute der Haushalt beraten werde. Dieser enthalte, was bereits ausführlich vorberaten und beschlossen worden sei. Natürlich seien Einsparungen möglich und man müsse sich mit dem Thema detailliert auseinandersetzen. Allerdings sei heute Abend der falsche Zeitpunkt. Er nimmt das Argument des Antragstellers, dass der Bahnhof das Tor zur Stadt sei, auf und erwidert, dass auch der ZOB ein wichtiger Aspekt des Bildes sei und daher auch optisch zum Rest des Areals passen müsse.

Bauamtsleiter Graumann stimmt dem zu und erinnert, dass das ZOB der vorletzte der zu entwickelnden Bauabschnitte sei. Daher habe man noch Zeit, nach zu justieren. Ein Vorziehen von Mitteln sei nur dann sinnvoll, wenn der Bauablauf dies hergibt. Er könne zwischen den Maßnahmen „Bahnhof“ und „Kaiserstraße/Königsplatz“ keinen Zusammenhang erkennen. Er erwidert auf die Frage von Stadtrat Paul, dass die Parkplätze und der ZOB in unterschiedlichen Bauabschnitten eingeteilt seien.

Auch Stadtrat Rank bittet um eine qualitative und ansprechende Herrichtung des Bahnhofsumfeldes. Wenn es nötig werde, müsse man eventuell die Sanierung in der Innenstadt verschieben.

Sachgebietsleiter Pauluhn merkt an, dass der ZOB planerisch bis auf den einzelnen Zentimeter genau ausgereizt wurde. Eine vorzeitige Entwicklung des Parkplatzes wäre möglich, würde aber am Ende zu einer deutlichen Kostensteigerung führen.

Würden ihm für die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes in den Jahren 2026 und 2027 jeweils 500.000 € zur Verfügung gestellt werden, so könne er diese „verarbeiten“. Es sei geplant, im Jahr 2026 den südlichen Parkplatz, im Jahr 2027

Fahrradparkhaus, Betriebsgebäude und ZOB und am Schluss dann den Bahnhofsvorplatz herzurichten. Diese Zeitschiene würde sich dann um ca. 6 – 8 Monate verkürzen. Aber er sehe keinen Sinn darin, wenn dies zu Lasten des Projektes Kaiserstraße / Königsplatz geschieht.

Bezugnehmend auf diese Aussage ändert Stadtrat Paul seinen Antrag ab: nun beantragt er, in den Jahren 2026 und 2027 für die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes mit ZOB jeweils 500.000 € an Haushaltsmitteln aus den Folgejahren vorzuziehen.

Bauamtsleiter Graumann und Sachgebietsleiter Pauluhn erinnern, dass die Planungskosten für die Maßnahme Kaiserstraße / Königsplatz für das Jahr 2026 bereits beschlossen worden und der Auftrag an das Büro bereits vergeben sei.

Stadtrat Dr. Küntzer halte die Diskussion zu diesem Zeitpunkt für falsch. All die betroffenen Projekte seien ausführlich beraten und zu Beschlussfassung vorgelegt worden.

Oberbürgermeister Güntner stellt den Antrag in der von Stadtrat Paul im Laufe der Diskussion formulierten Fassung zur Abstimmung.

abgelehnt **dafür 9 dagegen 17**

Es wird beantragt, bei den Haushaltsstellen 1.6303.9503, Tiefbaumaßnahme – Neugestaltung Bahnhofsumfeld – Fahrradparkhaus und WC-Anlage sowie 1.6303.9505, Tiefbaumaßnahme – Neugestaltung Bahnhofsumfeld – Bahnhofsvorplatz, Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 500.000 € aus den Folgejahren in die Jahre 2026 und 2027 vorzuziehen.

4.3.2. Haushaltsstelle 1.6406.9560 / 9561 - Planungskosten / Baukosten – Umgestaltung Kaiserstraße / Königsplatz

Auf die Diskussion unter Ziffer 4.3.1 dieser Niederschrift sowie Anlage 1.2 der Sitzungsvorlage 2026/012 wird verwiesen.

Stadtrat Paul verweist erneut auf die Bedarfe der Einzelhändler in der Innenstadt. Hierbei hätten Sauberkeit, ausreichende und zentrale Parkplätze sowie ein Leerstandsmanagement Priorität. Eine bauliche Umgestaltung könne noch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Oberbürgermeister Güntner erinnert nochmals an die eben geführte Diskussion. Die Mittel für die Planung der Maßnahme Kaiserstraße / Königsplatz seien beschlossen und der Auftrag bereits vergeben. Wenn, dann könne der Beschluss sich nur auf die Baukosten unter Haushaltsstelle 1.6406.9561 beziehen.

Nach diesem Hinweis stellt Oberbürgermeister Güntner den Antrag zur Abstimmung.

beschlossen **dafür 15 dagegen 11**

Die Kosten für die Umgestaltung für die Kaiserstraße / Königsplatz sind zugunsten der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes bis auf Weiteres aus der Haushaltsplanung zu nehmen.

4.4. Antrag der Stadträtin Büttner zum Haushalt 2026

Vorlage: 2026/015

Stadträtin Büttner verweist auf Ihren Antrag zu Unterabschnitt 6151. Sie bittet um die Verlängerung des Förderprogrammes bzw. um die erneute Ausarbeitung der Förderunterlagen.

Oberbürgermeister Güntner informiert, dass hierüber dann separat Beschluss gefasst werden müsse und dem Stadtrat dann wahrscheinlich im Februar oder März 2026 vorgelegt werde.

Stadtrat Müller wird erwidert, dass es bisher zwar Interessenbekundungen gab, das Programm jedoch nicht in Anspruch genommen wurde.

Die Kämmerei werde die Haushaltsansätze zum kommunalen Förderprogramm prüfen.

abgelehnt dafür 9 dagegen 16

1. Vom Sachvortrag 2026/015 inkl. der beigefügten Anlage wird Kenntnis genommen.
2. Die Haushaltstelle Kommunales Förderprogramm (1.6151.9880) wird von 100.000 € auf 95.000 € reduziert und diese 5.000 € für das Förderprogramm Flächenentsiegelung (1.6151.9883) in 2026 bereitgestellt.

4.5. Eilanträge der SPD vom 19.01.2026 zum Vermögenshaushalt

Nach Rücksprache mit dem Antragsteller wird festgelegt, dass die Anträge einzeln abgestimmt werden sollen. Zudem werde darüber Beschluss gefasst, wo Mittel abgezogen würden und welche Maßnahme verschoben werde.

Die Abstimmung der Anträge erfolgt en bloc am Ende der Besprechung des Vermögenshaushalts.

4.5.1. Eilantrag zum Hochwasserschutz - Haushaltsstelle 1.1400.9501

Stadtrat Paul nimmt Bezug auf seine eingereichte Frage zu den Haushaltsstellen 1.1400.9501, - 9590 und -9591 und stellt den Antrag, die Ansätze in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils 150.000 € zu erhöhen. Die reine Konzepterstellung oder die Umsetzung kleinerer Maßnahmen halte er für zu wenig. Für einige Personen sei das Starkregenereignis existenzgefährdend gewesen.

Oberbürgermeister Güntner erinnert an das im 1. Quartal erwartete Ergebnis der Betrachtung des Sturzflutrisikomanagements, in welchem konkrete Maßnahmen enthalten sein würden. Aktuell könne man die Kosten nur überschlagen.

Stadtrat Sanzenbacher stimmt Stadtrat Paul zu – man sollte ein Zeichen setzen, auch wenn die Planung Zeit in Anspruch nehme.

Stadtrat Dr. Küntzer hingegen wolle keine Mittel binden die dann an anderer Stelle fehlen ohne dass eine konkrete Maßnahme dahintersteht. Wenn dem so wäre, dann könnte er dem Ansinnen seiner Vorredner zustimmen.

Oberbürgermeister Güntner legt dar, dass man hierbei zwei Ansätze verfolgen könne:

Entweder, die Verwaltung blocke finanzielle Mittel und ist dadurch hoffentlich immer spontan handlungsfähig. Dies könnte dazu führen, dass anderes gestrichen werden oder höhere Kredite aufgenommen werden müssten.

Oder man warte, bis sich konkrete Maßnahmen ergeben und werde, wenn das

Geld nicht reicht, wieder im Gremium vorstellig.
Die Verwaltung habe die zweite Variante gewählt, da diese für den Gesamthaushalt geeigneter und zudem unter anderem das Placet des Wasserwirtschaftsamtes einzuholen sei.

Stadtrat Paul verweist auf den im Antrag genannten Vorschlag zur Gegenfinanzierung. Er wolle hier ein Zeichen für die Bürger setzen.

Stadtrat Sanzenbacher teilt dieses Haltung. Es stünden sicherlich bereits kleinere Projekte fest, welche mit Sicherheit auch im Gutachten erscheinen würden. Diese sollte man angehen.

Bürgermeisterin Glos zeigt Verständnis für die Vertreter der SPD und Bd. 90/Die Grünen. Auch ihre Familie habe mit den Auswirkungen des Regens zu kämpfen gehabt.

Allerdings halte sie den Zeitpunkt der Debatte für ungünstig und verweist auf das neue Gremium, das Anfang Mai seine Arbeit aufnehmen werde.

Sie wendet sich an die Presse und bittet, hierbei Aufklärungsarbeit zu leisten.

Auch Sachgebietsleiter Pauluhn kann in Teilen zustimmen. Zum einen sei man aber stark auf die Förderungen angewiesen, welche nur bei Gesamtlösungen gewährt würden und zum anderen sei natürlich ersichtlich, in welchen Bereichen man tätig werde, aber nicht wo genau und in welcher Dimension.

Oberbürgermeister Güntner wolle nicht zwingend jede Förderung in Anspruch nehmen. Im Zweifel sei das Wohl der Bürger wichtiger. Manches sei sicherlich auch kostengünstig. Man habe schon einige Grundstücke für den Hochwasserschutz erworben.

Er erwidert Stadträtin Dr. Endres-Paul, dass man mit dem Vorliegen der Prioritätenliste zum Ende des 1- Quartals 2026 rechne.

abgelehnt **dafür 9** **dagegen 17**

Die im Einzelplan 1 unter UA 1400 Gr. 9501 (Seite 27) ausgewiesenen Mittel für die Jahre 2026 und 2027 sind um jeweils 150.000 € zu erhöhen.

4.5.2. Eilantrag zur Alten Mainbrücke - Haushaltsstelle 1.6482.9590

Oberbürgermeister Güntner und Bauamtsleiter Graumann erinnern, dass die Neugestaltung des Parkplatzes am Bleichwasen in 2026 abgeschlossen sein solle und die Sanierung der Brücke für die Zukunft geplant sei. Daher sei ein Delta zwischen den Maßnahmen unausweichlich.

Wenn Mittel in den Haushalt eingestellt werden sollen, dann nur für die Planung. Fördermittel könnten nur für eine Gesamtsanierung abgerufen werden – eine Splittung in Einzelmaßnahmen sei in finanzieller Hinsicht unklug.

Stadtrat Rank mahnt, sich nicht von Fördermitteln abhängig zu machen. Allerdings stelle Sanierung der „Alte Mainbrücke“ eines der größten Projekte der Stadt dar, welches Kitzingen über Jahre hinaus beschäftigen werde.

Antragsteller Paul zieht seinen Antrag zurück.

abgesetzt

4.5.3. Verschiebung der Mittel für die Neugestaltung Sickergrund unter 1.5931.9582 und 1.5931.9590 in den Finanzplanungsrest

Die Verwaltung verweist erneut auf die Fördervoraussetzungen, gemäß welchen alles, was dem Sport zuzuschreiben ist, bis spätestens 31.12.2028 abgerechnet sein müsse um den höchstmöglichen Fördersatz zu erhalten.

Eine Nichteinhaltung hätte auch zur Folge, dass für den Bikepark erhaltene Gelder in Höhe von ca. 300.000,00 Euro sowie weitere in unbekannter Höhe für den durchgeführten Planungswettbewerb und das Planungsversprechen zurückerstattet werden müssten. Bauamtsleiter Graumann betont, dass die Zeitschiene sehr kurz sei – um die Deadline 2028 zu halten, müsse die Ausschreibung bis Ende des Jahres 2026 erfolgt sein.

Antragsteller Paul halte die Neugestaltung für ein schönes Projekt. Allerdings könne sich Kitzingen den Eigenanteil von ca. 1,5 Millionen Euro aktuell nicht leisten und der Ausbau des Hochwasserschutzes sei wichtiger als ein Bürgerpark.

Stadtrat Müller und Stadtrat Dr. Küntzer verweisen auf die Höhe der Förderungen aus dem Sondervermögen des Bundes, den schlechten Zustand mancher Sportplätze sowie die 500.000,00 Euro, welche die Stadt bereits investiert habe. Diese Einwände nimmt Stadtrat Paul zur Kenntnis, hält seinen Antrag jedoch aufrecht.

Nach weiteren Wortmeldungen stellt Oberbürgermeister Güntner den Antrag zur Abstimmung.

abgelehnt dafür 9 dagegen 17

Zur Gegenfinanzierung der vorgenannten Maßnahmen (siehe Ziffern 4.5.1 und 4.5.2 dieser Niederschrift) werden die unter Einzelplan 5 UA 5931 Gr. 9582 und 9590 aufgeführten Maßnahmen in den Finanzplanungsrest verschoben.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Stefan Güntner
Oberbürgermeister

Bettnia Lode
Schriftführerin